

19. April 2024

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Yuhan Liu, Samuel Mäurer, Maik Sattelmanier, Pascal Schrader & Thomas Simon
Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency
www.accounting-for-transparency.de
www.gbpanel.org

Bundestag und Bundesrat haben im März 2024 das Wachstumschancengesetz beschlossen. Es zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu steigern und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Die aktuelle GBP-Expertenbefragung unter Steuerforschern legt nahe, dass weitere (steuerliche) Anstrengungen notwendig sind. Die Mehrheit der befragten Experten spricht sich für eine Reduzierung der steuerlichen Belastung von Unternehmen aus, insbesondere durch eine vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Trotz dieser Empfehlung erwarten die Experten für die kommenden zwei Jahre im Mittel aber nur geringfügige Veränderungen der tariflichen Besteuerung. Aufgrund mangelnder Investitionsanreize und einer zunehmenden steuerlichen sowie regulatorischen Last äußert die Mehrheit der Experten ihre Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik.

Deutsche Steuerexperten plädieren mehrheitlich für niedrigere Unternehmenssteuern

Im März 2024 wurde die erste GBP-Expertenumfrage unter Wirtschaftsforschern in Deutschland durchgeführt. Die Ergebnisse geben Aufschluss über die Verteilung der wissenschaftlichen Standpunkte zu Themen aus dem Bereich der Wirtschaftspolitik. Die aktuelle Befragung, an der 274 Wissenschaftler (Professoren, Postdoktoranden und Doktoranden) teilgenommen haben, zeigt, wie die Experten die Unternehmenssteuerpolitik wahrnehmen.

Abbildung 1 verdeutlicht zunächst eine klare Tendenz zur Senkung der Gewinnsteuerbelastung von hiesigen Unternehmen: 55,8 % der Steuerexperten befürworten eine Reduzierung der Unternehmenssteuern (vs. 10,8 % eine Erhöhung). Dies wird primär mit höheren Investitionsanreizen, einer Verbesserung der Standortattraktivität und damit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands begründet.

Fast drei Viertel der Experten befürworten eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Die Tendenz der Experten zur Senkung der steuerlichen Belastung von Unternehmen spiegelt sich auch in ihrer Haltung zum Solidaritätszuschlag wider. Ursprünglich zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung eingeführt, ist der Solidaritätszuschlag für die meisten Lohnsteuerzahler und Personengesellschaften mittlerweile entfallen oder zumindest reduziert worden. Kapitalgesellschaften sind allerdings nach wie vor verpflichtet, einen Zuschlag von 5,5 % auf ihre Körperschaftsteuer zu entrichten.

Abbildung 1 verdeutlicht, dass sich der Großteil der Experten (72,5 %) für eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags ausspricht. Diese Neigung zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist umso höher, je eher die Experten die Steuerbelastung von Unternehmen insgesamt reduzieren wollen.

Aus Ihrer Sicht: Wie sollte sich die aktuelle Gewinnbesteuerung für deutsche Unternehmen ändern? [Anteil der Experten in %]

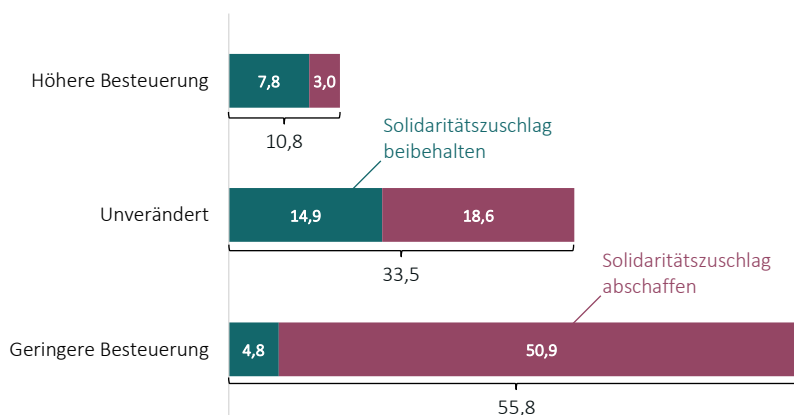


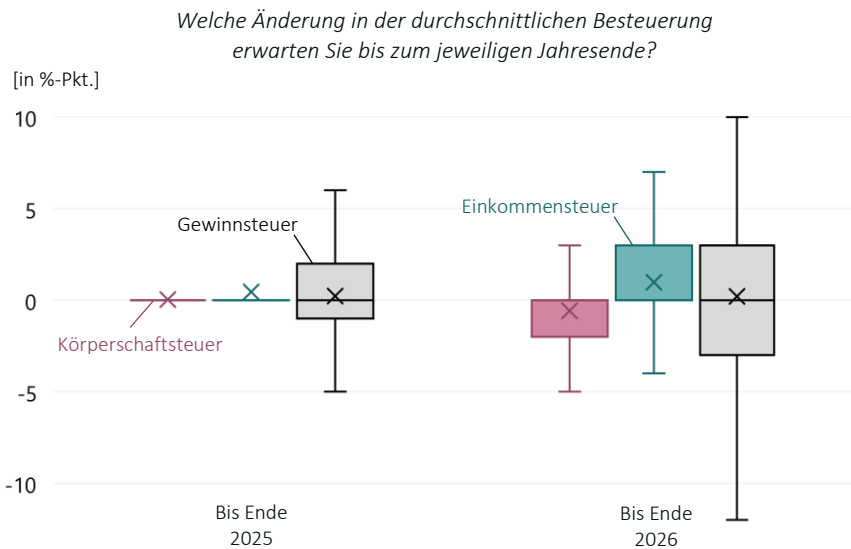
Abbildung 1

Wie sollte sich die Unternehmenssteuerbelastung ändern?

Die Darstellung zeigt die Einschätzung der Experten bezüglich der Gewinnsteuerbelastung von Unternehmen und gliedert zusätzlich auf, inwiefern die Experten am Solidaritätszuschlag für Unternehmen festhalten wollen. Es wird deutlich, dass die Mehrheit der Experten zu einer Senkung der Gewinnbesteuerung tendiert (55,8 %) und sich für eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags ausspricht (72,5 %).

Abbildung 2

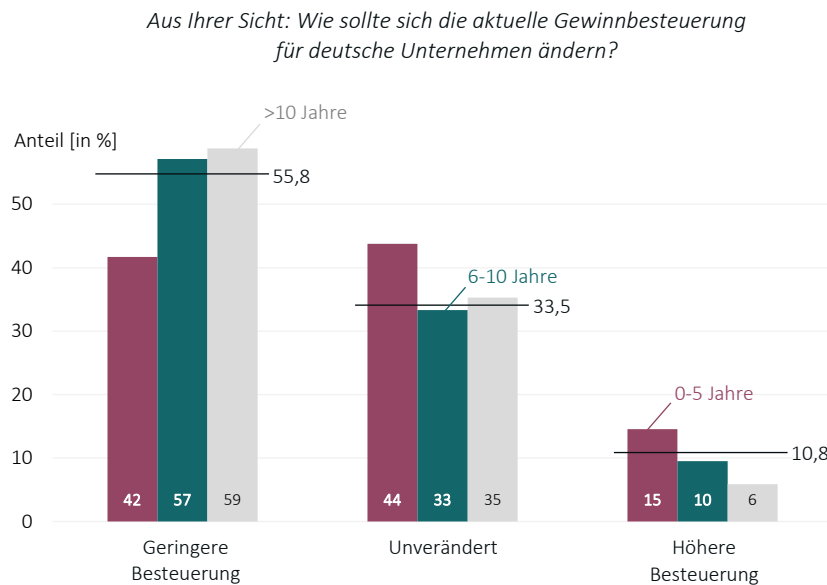
Erwartete Steueränderungen für Unternehmen



Die Grafik illustriert, welche steuerlichen Veränderungen Steuerexperten für Unternehmen erwarten. Die Kreuze geben die jeweilige durchschnittliche Antwort an. Innerhalb der farblich hervorgehobenen Box liegen 50 % der Antworten. Die Intervalle zeigen die Gesamtverteilung der Angaben ohne Ausreißer. Während bis Ende 2025 keine Änderungen in der Besteuerung erwartet werden, rechnen die Experten bis Ende 2026 mit einer leichten Senkung der tariflichen Körperschaftsteuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Einkommensteuer. Die „Gewinnsteuer“ gibt eine Einschätzung über alle Rechtsformen an und beinhaltet auch die Gewerbesteuer.

Abbildung 3

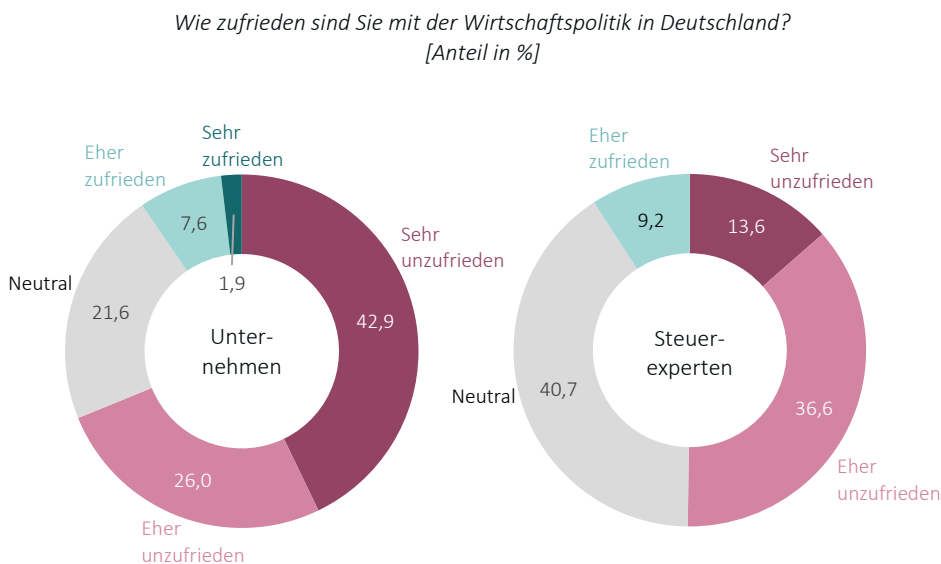
Einschätzung der Gewinnbesteuerung nach Berufserfahrung



Die Darstellung schlüsselt auf, wie sich aus Sicht von Experten die Steuerbelastung für Unternehmen in Deutschland verändern sollte – abhängig davon, wie viele Jahre an Berufserfahrung die Experten haben. Es wird deutlich, dass eine Präferenz gegen eine höhere Besteuerung unabhängig von der Berufserfahrung besteht. Allerdings sinkt der Anteil an Experten, die sich für eine höhere Besteuerung aussprechen, mit den Jahren der Berufserfahrung.

Abbildung 4

Wie bewerten Unternehmen und Experten die aktuelle Wirtschaftspolitik?



Die Abbildung kontrastiert die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik von Experten und Unternehmen, die an den Befragungen des GBP im März 2024 teilgenommen haben. Es zeigt sich, dass die Hälfte der befragten Steuerexperten (50,2 %) und mehr als zwei Drittel der Unternehmen (68,9 %) unzufrieden mit der Wirtschaftspolitik sind. Auffällig ist, dass sich niemand der 274 Steuerexperten als sehr zufrieden mit der deutschen Wirtschaftspolitik äußert.

Wie hoch ist die aktuelle durchschnittliche Gewinnbesteuerung von Kapitalgesellschaften in Deutschland?

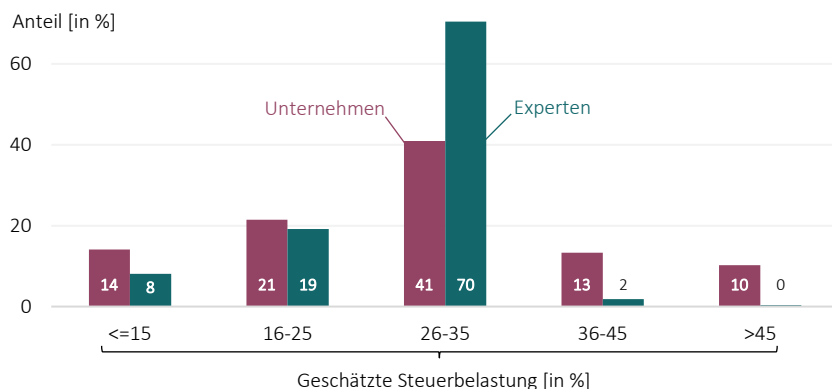


Abbildung 5

Einschätzung der Steuerbelastung für Kapitalgesellschaften

Die Darstellung zeigt die Einschätzung von Experten und Unternehmen bezüglich der durchschnittlichen Gewinnbesteuerung von Kapitalgesellschaften in Deutschland für das Jahr 2024. Zusätzlich zur Körperschaftsteuer von 15 % fällt für Kapitalgesellschaften die kommunenspezifische Gewerbesteuer und der Solidaritätszuschlag an. Die statutarische Steuerlast liegt damit bei etwa 30 % des zu versteuernden Einkommens.

Experten erwarten kurzfristig kaum Veränderungen in der Unternehmensbesteuerung

Obwohl die Steuerexperten überwiegend eine Senkung der Steuern für Unternehmen in Deutschland empfehlen, rechnen sie kurzfristig kaum mit steuerlichen Veränderungen. **Abbildung 2** verdeutlicht, dass die durchschnittlich erwartete Gewinnbesteuerung für hiesige Unternehmen bis Ende 2026 auf gleichbleibendem Niveau liegt.

Bei Aufgliederung nach der Rechtsform eines Unternehmens zeigen sich zumindest leichte Änderungen über die Zeit. Zwar erwarten die Experten bis zum Ende des Jahres 2025 keine Anpassungen in den Körperschaftsteuer- und Einkommensteuersätzen, allerdings werden leichte Veränderungen für das darauffolgende Jahr als möglich eingestuft. Während für die Körperschaftsteuer eine leichte Senkung erwartet wird, rechnen die Experten für die Einkommensteuer für 2026 im Mittel eher mit einer Erhöhung. Diese ungleiche Verteilung von Be- und Entlastung verschiedener Steuersubjekte hätte zur Folge, dass die durchschnittliche Gewinnbesteuerung über alle Unternehmen konstant bliebe. Dass eine Schätzung von steuerlichen Veränderungen mit zunehmenden Prognosehorizont schwerer fällt, zeigt sich in der Streuung der Expertenaussagen: **Abbildung 2** verdeutlicht einen Anstieg der Varianz bei Schätzungen für 2026 relativ zu 2025.

Steuerexperten mit längerer Berufserfahrung sind noch häufiger für Steuererleichterungen

Wunsch und Wirklichkeit der Experten hinsichtlich der deutschen Unternehmenssteuerpolitik klaffen im Allgemeinen also weit auseinander. Diese Diskrepanz wird sogar umso größer, je länger sich ein Experte schon mit Steuerfragen beschäftigt: Obwohl eine Präferenz für niedrigere Unternehmenssteuern unabhängig von der Erfahrung eines Experten besteht, verdeutlicht **Abbildung 3**, dass Steuerexperten mit einer Berufserfahrung von mehr als 10 Jahren besonders häufig Steuererleichterungen und besonders selten Steuererhöhungen präferieren. Für diese Gruppe liegt der Anteil an Befragten, die niedrigere Unternehmenssteuern befürworten, bei 59 % (vs. 42 % für Experten mit weniger als 5 Jahren Erfahrung). Gleichzeitig präferieren nur 6 % der besonders erfahrenen Experten höhere Unternehmenssteuern.

Die GBP-Expertenumfrage im März 2024

Im März 2024 hat das GBP eine Befragung unter Steuerexperten in Deutschland durchgeführt. Ziel dieser Expertenbefragung ist es, ein umfassendes Bild der Einschätzungen von Wirtschaftsforschern zur Lage der Unternehmen in Deutschland und zur Wirtschaftspolitik zu gewinnen und so den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern.

Die Expertenstichprobe des GBP im März 2024 besteht aus 274 Forschenden (z. B. Professoren und Doktoranden), die zu Themen der Wirtschaftspolitik, Unternehmensbesteuerung und Rechnungswesen forschen. Die Mehrzahl der Teilnehmer stammt aus den Feldern der Betriebswirtschaftslehre (43 %), der Volkswirtschaftslehre (40 %) und den Rechtswissenschaften (12 %).

Die Hälfte der Steuerexperten ist unzufrieden mit der deutschen Wirtschaftspolitik

Neben ihrer Einschätzung zur Steuerpolitik wurden die Experten auch zu ihrer Zufriedenheit mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik befragt. **Abbildung 4** zeigt, dass die Experten tendenziell negativ auf die deutsche Wirtschaftspolitik blicken. 50,2 % der Befragten positionieren sich als eher unzufrieden oder sogar sehr unzufrieden mit der Wirtschaftspolitik. Während ein signifikanter Anteil von 40,7 % neutral auf die Wirtschaftspolitik blickt, äußert nur eine Minderheit von 9,2 % Zufriedenheit mit dem aktuellen wirtschaftspolitischen Handeln. Es fällt auf, dass kein einziger der 274 Forscher der Expertenbefragung angibt, momentan sehr zufrieden mit der Wirtschaftspolitik zu sein.

Als Hauptgründe für ihre Unzufriedenheit nennen die Steuerexperten fehlende Investitionsanreize und steigende steuerliche sowie regulatorische Belastungen. Zudem werden hohe bürokratische Anforderungen bemängelt, die kleine und mittlere Unternehmen besonders schwer treffen. Gerade Unsicherheit über regulatorische Vorgaben und die steuerlichen Rahmenbedingungen führen mithin zu einer Reduktion der Investitionsbereitschaft hiesiger Unternehmen. Dies kann langfristig dazu führen, dass die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland sinkt.

Unternehmen in Deutschland sind noch unzufriedener mit der Wirtschaftspolitik

Die Unzufriedenheit der Forscher mit der deutschen Wirtschaftspolitik wird auch von den Unternehmen in Deutschland geteilt. **Abbildung 4** verdeutlicht, dass die Unternehmer aus der GBP-Firmenumfrage im März 2024 die Wirtschaftspolitik sogar noch schlechter bewerten. Insgesamt stellen 68,9 % der Unternehmen in Deutschland der Wirtschaftspolitik ein negatives Zeugnis aus, wobei der Anteil an sehr unzufriedenen Unternehmen bei 42,9 % und damit fast viermal so hoch wie bei den Experten liegt.

Die wahrgenommene steuerliche Belastung kann vom tariflichen Steuersatz abweichen

Abbildung 5 zeigt, welche Ertragssteuerbelastung Experten für eine Kapitalgesellschaft im Durchschnitt erwarten. Tariflich wäre von einer Belastung von etwa 30 % auszugehen (Körperschaftsteuer + Gewerbesteuer + Solidaritätszuschlag). 70 % der Expertenschätzungen liegen im Bereich von 26 bis 35 %. Tatsächlich kann die Steuerbelastung einerseits aufgrund von Steuerplanung, und andererseits aufgrund von unvollständigem Verlustausgleich oder der eingeschränkten Abzugsfähigkeit von Finanzierungsaufwendungen unter- bzw. oberhalb der statutarischen Belastung liegen.

Werden Manager von Kapitalgesellschaften zu ihrer Unternehmenssteuerbelastung befragt, ergibt sich ein gemischteres Bild: 23 % der Unternehmen geben an, mehr als 35 % an Ertragsteuern zu zahlen, und 35% der Unternehmen schätzen die Gewinnbesteuerung als 25% oder weniger ein. Dies ist konsistent mit der Beobachtung, dass Unternehmensentscheider ihre eigene Steuerbelastung regelmäßig verzerrt wahrnehmen.

Expertenmeinungen:

„Es gibt einen zu starken Fokus auf große Unternehmen, staatliche Maßnahmen, Bürokratie und Arbeitnehmer bzw. zu wenig Fokus auf Eigenverantwortlichkeit, Wirtschaftlichkeit und kleine, dynamische Unternehmen.“

„Die Komplexität der Steuergesetze sowie die Tendenz zu einer steigenden Steuerlast drücken Investitionsanreize und hemmen die Effizienz unternehmerischer Aktivitäten in Deutschland.“

„Die internationale Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen wird mit vielen Schritten bzw. fehlenden Schritten gefährdet. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen werden schlicht überfordert und deren Existenz gefährdet.“

„Die Wirtschaftspolitik ist wenig vorausschauend und inspirierend, zuweilen kopflos und planlos. Es gibt keine Planungssicherheit für Unternehmen. In vielen Fällen wird zu kleinschrittig normiert, ohne dass es ein wirkliches Ziel vor Augen gibt.“

Aktuelle Unternehmenstrends im Überblick



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

- [1. Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
- [2. Unternehmerische Entscheidungen](#)
- [3. Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
- [4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Die betriebswirtschaftlichen Indikatoren entwickeln sich im ersten Quartal 2024 positiv. Die erwartete Gewinnveränderung steigt relativ zum Schlussquartal 2023 um **+0,76 Prozentpunkte**. Zum ersten Mal seit dem Q1 2023 liegen die prognostizierten Gewinne damit aktuell – wenn auch nur leicht – auf Wachstumskurs.

Gleichzeitig entspannt sich das momentane Marktumfeld: Die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit sinkt im Vergleich zum vierten Quartal 2023 um **-1,13 Prozentpunkte**.

Zuletzt steigt die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik um **+0,14 Punkte**. Trotz dieser leichten Erholung liegt die Einschätzung noch deutlich unterhalb von drei Punkten auf einer Skala von null (sehr unzufrieden) bis zehn (sehr zufrieden).

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.

